

Deine Wahl.



Demokratie stärken

Demokratische Parteien
gegen die AfD

Solidarität leben

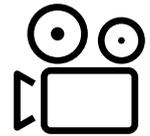
Wir alle gegen „Das wird man
ja wohl noch sagen dürfen.“

Empörung stoppen

Gewerkschaften gegen
Rechtspopulismus

Gegenstimmen

Rechtspopulistische Meinungen bahnen sich ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft; die AfD zieht ein in die Landesparlamente. Zum Glück lassen sich Demokratie und Solidarität nicht so einfach mundtot machen – eine Auswahl.



Kippt die Republik nach Rechts?

RechtspopulistInnen erstarren, weil es eine Repräsentationskrise gibt, meint Publizist Richard Gebhardt. Er war Hauptredner auf der Konferenz „Solidarität statt Rechtsruck“ des DGB NRW und des DGB-Bildungswerks NRW im April 2016.

www.tinyurl.com/Referat-Richard-Gebhardt

Icon: GraphicsBay/flicicon.com



Mock-up: Linear Studio

Themenheft Rechtspopulismus

Was macht die Attraktivität von politischen Strömungen aus, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund von Eigenschaften wie ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mehr wert seien als andere?

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.), 2016, 72 Seiten, 4,95 Euro (ab 20 Exemplaren je 3,95 Euro)

www.tinyurl.com/Courageshop

Netz gegen Nazis

Die Initiative „Netz gegen Nazis“ befasst sich nicht allein mit der extremen Rechten, sondern bietet auch Hintergrundwissen und aktuelle Nachrichten zum Thema Rechtspopulismus.

www.tinyurl.com/NGN-Rechtspopulismus



Aktiv werden!

Antisemitismus, Mobbing, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus – das Portal gegen Diskriminierung der ver.di-Jugend liefert Hintergrundwissen, gewerkschaftliche Positionen, zeigt Best-Practice-Beispiele und bietet Material für die Antidiskriminierungsarbeit.

www.aktiv-gegen-diskriminierung.info



Mock-up: GRAPHICBOAT

Argumente gegen Rechts

Auf 21 Karten stellt der DGB NRW den Positionen der AfD gewerkschaftliche Argumente gegenüber.

Es geht unter anderem um Arbeitnehmerrechte, Steuern und Gleichstellung, „Lügenpresse“ und Rassismus.

DGB NRW (Hrsg.), 2016,

21 Argumentationskarten, kostenloser Download

www.tinyurl.com/DGB-NRW-gegen-Rechts

Berichte von unterwegs

Die Broschüre gibt einen Einblick in die Arbeit der Mobilien Beratung in NRW. Die Initiative berät Engagierte aus Vereinen und Verbänden, MigrantInnenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen sowie aus Unternehmen und der Wirtschaft. Die Broschüre dokumentiert extrem rechte Vorfälle sowie zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und zeigt, wo Rassismus und Rechtspopulismus im Alltag anfangen.

Mobile Beratung NRW (Hrsg.), 2012, 92 Seiten, kostenloser Download

www.tinyurl.com/Mobile-Beratung-NRW



Mock-up: Barin Dotu Cristian

Klare Kante

Die Versuche der etablierten Parteien, die AfD zu stoppen, sind gescheitert. Weder wird sie durch den Verfassungsschutz beobachtet noch hat sie sich selbst zerlegt. Auch das Kopieren von und die faktische Anbiederung an Positionen der AfD haben nicht dazu geführt, sie als überflüssig erscheinen zu lassen. Was bleibt also noch?



Die AfD stellt sich als die einzige Partei dar, die den etablierten Parteien und der Öffentlichkeit den Willen des Volkes sowie die Wahrheit über die Ursachen gegenwärtiger Probleme vermittelt. Dabei präsentiert sie selektiv Tatsachen, die dann einer empirischen Überprüfung nicht standhalten, wenn sie „postfaktisch“ sind, also Gefühle und Vermutungen als Tatsachen ausgeben.

Dass die etablierten Parteien mit ihren Strategien gegen die AfD gescheitert sind, spielt der rechtspopulistischen Partei in die Karten: So kann sie ihren AnhängerInnen erklären, dass sie mit ihren Vorwürfen richtig liege, dass sie den wirklichen Willen des Volkes ausdrücke. Wenn die etablierten Parteien AfD-Positionen teilweise abkupfern, wenn die Partei so hohe Zustimmungen bei Wahlen erfährt, könne das nur eines bedeuten: dass sie richtig und ihre GegnerInnen falsch lägen. An diesen Tatsachen könne auch die „Lügenpresse“ nicht vorbeigehen.

Demokratischen Konsens schützen

Es wäre äußerst fahrlässig und mehr als leichtsinnig, der Politik der AfD trotz mannigfaltiger immanenter Widersprüche keine Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst wenn RechtspopulistInnen Tatsachen leugnen, muss man sie ihnen konsequent vorhalten. Dann ist es notwendig, die Wertorientierungen und Interessen beispielsweise der PolitikerInnen der AfD aufzudecken, die an Gesprächsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen teilnehmen. Wenn diese Personen meinen, auf Zufluchtsuchende dürfe an der Grenze geschossen werden, oder wenn sie Begriffe aus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wie „völkisch“ oder „1.000-jährig“ verwenden oder wenn sie vorschlagen, Flüchtlinge auf einer Insel unterzubringen, und dabei glauben, es sei vergessen worden, dass die NationalsozialistInnen planten, die deutschen Juden nach Madagaskar umzusiedeln – dann muss ihnen klargemacht werden: Sie vertreten Positionen, die sowohl den grundlegenden Konsens über die Menschenrechte verletzen als auch den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus leugnen. Diesen Personen muss vermittelt werden: DemokratInnen sind nicht bereit, durch die Teilnahme an einer Talkrunde antidemokratische Einstellungen zu legitimieren. Das parteipolitische Interesse daran, die AfD nicht aufzuwerten, steht dabei hinter dem

allgemeinen Interesse zurück, Verstöße gegen den Konsens der DemokratInnen nicht zu negieren.

Eine Frage der Wertvorstellungen

Deshalb müssen die etablierten Parteien erklären, was für den Aufstieg der RechtspopulistInnen verantwortlich ist, nämlich solche durch die politischen, ökonomischen und kulturellen Auswirkungen der Globalisierung entstehenden Veränderungen, die in Teilen der Bevölkerung Angst erzeugen. Dabei dürfen sie ihren eigenen Anteil an der Entstehung bestimmter Probleme nicht leugnen.

Die Aufklärung darüber, dass entgegen den Behauptungen der AfD die etablierte Politik „das Volk“ nicht im Stich lässt, ist mühselig, aber notwendig. Nur so kann den Bemühungen der RechtspopulistInnen entgegengetreten werden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden, Zweifel an der Demokratie zu wecken und die Zustimmung zu ihr in Ablehnung zu verwandeln. Dazu gehören Diskussionen über Wertorientierungen und Einstellungen von AfD-PolitikerInnen, beispielsweise Nationalismus, Ethnozentrismus und verdeckten Rassismus. Und dazu gehört, auf Annäherungen an den Rechtsextremismus hinzuweisen.

Die Auseinandersetzung muss nicht über kontroverse Fakten geführt werden, sondern über die Wertvorstellungen, die den politischen Aussagen und Absichten zugrunde liegen: Soziale Gerechtigkeit für alle oder „A(lles) f(ür) D(eutsche)“? Gleichheit des Menschen oder Differenzierung und Diskriminierung nach Herkunft, Geschlecht und Religion? Universalität der Würde des Menschen und seiner Rechte oder Beschränkung auf die Angehörigen der eigenen Nation? Und wenn es dabei in den etablierten Parteien zum Nachdenken darüber kommt, wo die eigenen Defizite bei der Bewahrung wie bei der Entwicklung der Demokratie sind, dann ist das ein durchaus positiver Nebeneffekt.

Dr. Gero Neugebauer
ist Politikwissenschaftler.

pluspunkt

Neugierig geworden? Mehr zum Thema von Dr. Gero Neugebauer unter:
www.tinyurl.com/Neugebauer-Klare-Kante



In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Rechte Sprüche nehmen zu – online, im Freundeskreis, in Schule und Hochschule. Einstellungen, die viele im eigenen Umfeld nicht vermutet hätten. Nach der ersten Erschütterung bleibt die Frage: Was können wir diskriminierenden Äußerungen entgegensetzen?

Foto: NRUTRUPKHAM / photocase.de, tancha / shutterstock.com

Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass alleine das „bessere“ Argument rechte Einstellungen auflösen könnte. Es stellt sich eine viel tief greifendere Schwierigkeit: Rechten Einstellungen – und auch dem Rechtspopulismus, der vornehmlich von Zuschreibungen wie „Wir – Die“ oder „Freund – Feind“ lebt – liegt ein Menschenbild zugrunde, das auf Ungleichwertigkeit und Abgrenzung basiert. Genau hier muss die Gegenargumentation ansetzen. Die aktuelle Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Gruppen verläuft folglich entlang der Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben und wie ist deren normatives Gefüge beschaffen?

Mit allen Zielgruppen kommunizieren

Wenn wir abwertenden Aussagen im Alltag begegnen, verfallen wir nur allzu schnell darauf, uns auf die AbsenderInnen der Aussage zu konzentrieren. Eine rechte Person mit einem passenden Argument zu überzeugen, kann jedoch nicht der alleinige Gradmesser für den Erfolg unseres Handelns sein. Vielmehr spielen mehrere Zielgruppen gleichzeitig eine Rolle, die wir bei der Wahl unserer Handlungsstrategien beachten sollten.

Häufig übersehen werden die Betroffenen abwertender Aussagen. Diese Menschen können ganz direkt durch eine Aussage betroffen sein, beispielsweise durch Sexismus oder Rassismus. Es kann sich aber auch ohne konkreten Personenbezug um all diejenigen handeln, die für eine

offene Gesellschaft stehen, zum Beispiel wenn der Begriff „VolksverräterInnen“ gebraucht wird. Diese Zielgruppe zu schützen und zu unterstützen ist wichtig. Dabei sollte dringend vermieden werden, Betroffene als StellvertreterInnen heranzuziehen. Fragen wie „Was meinst du denn als Schwarzer dazu?“ werden selbst schnell zur lupenreinen Diskriminierung. Auch wenn man sich bei seiner Argumentation schützend vor Betroffene stellt, sollte man nie in Paternalismus verfallen.

Zwischen Betroffenen und Diskriminierenden steht die große Gruppe der – mehr oder weniger aktiven – Anwesenden und Zuschauenden. Sie ist bei einer Diskussion auf Facebook vermutlich deutlich größer als beispielsweise beim Gespräch im Café oder in der Schulklasse. In dieser Gruppe können sich Personen befinden, die nicht rechts sind, ebenso Unentschiedene und rechtsaffine Personen. Mit unserem Handeln und der richtigen Kommunikation können wir Nicht-Rechte stärken und motivieren, sich selbst in der Diskussion zu äußern. Unentschiedene kann unser Handeln in ihrer Meinungsbildung unterstützen und sie im allerbesten Fall überzeugen, während wir Rechtsaffine zumindest zum Nachdenken anregen können. Menschen, die bereits menschenverachtendem Gedankengut anhängen, in einer Diskussion zu überzeugen, ist kaum aussichtsreich – umso weniger, wenn sie keine persönliche Ebene mit den Betroffenen verbindet, wie es häufig bei Onlinediskussionen der Fall ist.

Überzeugte Neonazis oder RassistInnen wird man in einer offenen Diskussion nicht erreichen. Hier stößt vor allem die pädagogische Arbeit an Grenzen. Zwei Ziele scheinen allerdings realistisch erreichbar: Zunächst können wir eine Gegendarstellung, eine andere Weltsicht liefern und damit Räume für Reflexionsprozesse öffnen. Gleichzeitig kann unser Handeln darauf zielen, deutliche Grenzen zu setzen und abwertende Kommentare zu unterbinden. Damit ist zumindest dafür gesorgt, dass Abwertung keine Bühne geboten wird und andere Menschen nicht in Kontakt mit rechter Ideologie gebracht werden.

Faustregeln für die eigene Argumentation

Für das Argumentieren gegen menschenverachtende Äußerungen gibt es kein Patentrezept. Es kommt auf den Inhalt

pluspunkt

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Argumentationstrainings in jeder Region in NRW
www.mobile-beratung-nrw.de

DGB-Jugend NRW: Workshops, Seminare und Vorträge
Anfrage per E-Mail an: gegenrechts@dgb-jugend-nrw.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung NRW (IDA NRW): Fachwissen, Methoden und Handreichungen für die eigene Arbeit und Beratung
www.idaev.de
www.vielfalt-mediathek.de

der jeweiligen Äußerung an und auch darauf, wie sicher jede und jeder Einzelne von uns im Umgang mit solchen Aussagen ist. Entscheidend ist, die Äußerungen und ihre AbsenderInnen einordnen zu können: Handelt es sich um eine Stammtischparole oder ein echtes Argument? Ist die Person in ihrer Einstellung gefestigt oder kann ich sie noch erreichen? Ein Argumentationstraining kann helfen, sich auf diese Situationen vorzubereiten. Dennoch gibt es Empfehlungen für die eigene Haltung, die auch ohne ein entsprechendes Training helfen können:

Verhalten von Person trennen: Wenn eine Person überzeugt werden soll, muss ihr ermöglicht werden, ihre Position gesichtswahrend aufzugeben oder zu relativieren. Hier ist auch die Grundhaltung im demokratischen Umgang miteinander tangiert: Nicht die Person selbst ist ein Problem, sondern die Position, die sie vertritt.

Wertschätzung: Wer Personen deklariert, wird sie nicht überzeugen und auch viele andere Menschen nicht erreichen. Solidarisierungseffekte mit „MärtyrerInnen“ sind stattdessen häufig die Folge. Die Wertschätzung der Menschen selbst sollte deshalb stets als Grundhaltung deutlich werden.

Hinterfragen: Direktes Nachfragen signalisiert Zugewandtheit und Interesse an der Person. Eine Aussage sollte nicht sofort offensiv infrage gestellt werden. Stattdessen gilt es, nach Quellen und Erfahrungen zu fragen und Verständnisfragen zu klären. So lassen sich auch stillschweigende Annahmen und unausgesprochene Denkweisen thematisieren.

Logisch argumentieren, Widersprüche aufdecken: Eigene Argumente sollten grundsätzlich als logische Kette aufgebaut sein. Widersprüche in den Argumenten des Gegenübers sollten herausgestellt und deutlich gemacht werden.

Thesenspringen vermeiden: Gerne werden in Diskussionen Zusammenhänge vermischt. „AusländerInnen nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ – „Aber schau doch mal, AsylbewerberInnen haben zu Beginn gar keine Arbeitserlaubnis.“ – „Eben, die brauchen wir hier nicht. Die sind nur gefährlich

mit ihrem Islam.“ Ein solches Springen von These zu These sollte aktiv unterbunden werden. Empfehlenswert ist, eine These gezielt anzusprechen und diese dann argumentativ zu zerlegen. Auf thematische Seitenhiebe muss dabei nicht eingegangen werden.

Auf Einzelfall Bezug nehmen, Empathie schaffen: Menschen sind keine homogene Masse. Es gibt kein „Die“, sondern Individuen mit unterschiedlichen Ansichten und Wünschen. Empathie kann beispielsweise durch eigene Erfahrungen oder Berichte von Betroffenen geweckt werden.

Denkweise und Menschenbild offenlegen: Viele Rechte argumentieren ausgehend von ihrem Menschenbild stringent und in sich logisch. Deshalb ist es wichtig, dieses Menschenbild zu ergründen und ihm dann ein positives, solidarisches Menschenbild gegenüberzustellen.

Werte statt Fakten: Zwar sind Fakten in Argumentationen wichtig, um die eigene Position zu belegen oder Widersprüche aufzudecken, aber allein mit Zahlen und Statistiken wird man Menschen nicht überzeugen. Die eigenen Positionen wertbasiert zu begründen, an Solidarität zu appellieren und ein positives Menschenbild zu skizzieren, ist nicht nur einfacher, sondern entfaltet auch eine größere Wirkung.

Gegenrede lohnt sich!

Solche Diskussionen in Schule, Hochschule und im privaten Umfeld mögen anstrengend und nicht immer erfolgreich sein. Sie werden uns in den nächsten Jahren jedoch in jedem Feld weiterhin begegnen und so schnell leider nicht verschwinden. Sie zu führen, bleibt deshalb eine wesentliche Aufgabe aller Menschen, denen eine offene und solidarische Gesellschaft ein Anliegen ist. Diese Herausforderung anzunehmen, liegt bei jeder und jedem Einzelnen von uns.

Christoph Alt

ist pädagogischer Leiter des DGB-Jugendbildungszentrums in Hattingen und gehört zur Redaktion der „Argumente gegen Rechtspopulisten“ des DGB NRW.

punktgenau

Offensive von rechts

Seit Jahren belegen Studien eine relativ hohe Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen. Wie kommen sie zustande? Welches Welt- und Menschenbild liegt ihnen zugrunde?

Die Basis für rechte Einstellungen legt die fundamentale Annahme der Ungleichwertigkeit von Menschen. Unterschiedliche Abwertungsmuster – ob Rassismus, Sexismus, Homophobie oder andere – sind dabei verknüpft und bedingen sich gegenseitig. Der Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer spricht hier von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit: Menschen wird ein unterschiedlicher Wert zugesprochen, der sich zugleich mit der Aufwertung der eigenen Gruppenzugehörigkeit verbindet.

Zugleich gründen rechte Einstellungen auf der grundlegenden Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Die“. Wer menschenfeindliche Einstellungen teilt, zählt sich selbst zu einer Gruppe – beispielsweise zu den Fans eines Fußballteams oder eben zu einem Volk – und belegt sich selbst mit positiven Attributen wie Fleiß, Ehrlichkeit,

Offenheit oder einem generell höheren Wert. Damit verknüpft ist die Bildung des „Die“: Menschen werden als einer Fremdgruppe zugehörig beschrieben, unabhängig davon, ob sie sich selbst dieser Gruppe zugehörig fühlen oder nicht – sie werden zu „den anderen“ gemacht. Diese Gruppe wird ebenso mit Zuschreibungen belegt – zum Beispiel faul, kriminell oder fundamentalistisch –, die zwar nicht der Realität entsprechen müssen, aber wirkungsmächtig sind. Andere Aspekte einer individuellen Identität treten hinter die Zuschreibung als Teil der Fremdgruppe zurück.

Rechte Gruppen führen die aktuelle Auseinandersetzung um die kulturelle Hegemonie in Deutschland. Schon lange vor der Gründung der AfD wurde durch die Neuen Rechten diese Strategie, angelehnt an den italienischen Philosophen Antonio Gramsci, forciert. Jede Provokation, jede rassistische Aussage im Netz zielt letztlich auch darauf, den öffentlichen Konsens über das aktuelle normative Gefüge dieser Gesellschaft zu verändern und rechte Positionen stärker zu verankern.



Raus aus der Empörungsspirale!

Die AfD zieht verstärkt GeringverdienerInnen und Erwerbslose als WählerInnen an. Offenbar kommen die Botschaften der Gewerkschaften bei dieser wichtigen Zielgruppe nicht an. Zugleich machen auch GewerkschafterInnen zu einem nennenswerten Teil ihr Kreuzchen bei der AfD – trotz Positionen, die mit Solidarität nichts zu tun haben. Höchste Zeit für einen Strategiewechsel bei den Gewerkschaften.

Foto: kaltejipp, FemmeCurieuse / photocase.de, tancho / shutterstock.com

Spätestens seit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat sich die „Alternative für Deutschland“ (AfD) als feste politische Größe etabliert. Dabei ist nicht so sehr das zweistellige Berliner Wahlergebnis von 14,2 Prozent entscheidend. Mit 24,3 Prozent in Sachsen-Anhalt oder 20,8 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern wurde die AfD schon zuvor jeweils aus dem Stand zur zweitstärksten Kraft. In der Bundeshauptstadt wurde nochmals deutlich, dass sich das Milieu der AfD keineswegs auf EurokritikerInnen oder enttäuschte Nationalkonservative beschränkt. In Berlin votierten wieder viele Erwerbslose für die AfD.

Typische gewerkschaftliche Handlungsmuster scheitern im Umgang mit der AfD

Auch bei den Landtagswahlen im „Musterländle“ Baden-Württemberg wurde die AfD zur Partei der GeringverdienerInnen und Arbeitslosen. Und bereits seit 2014 ist bekannt, dass die AfD bei Gewerkschaftsmitgliedern beachtliche Stimmenanteile verbuchen kann. Die Gewerkschaften sind deshalb besonders gefragt: Obwohl sie sich eindeutig gegen rechtspopulistische Parolen ausgesprochen haben, verfängt die Rhetorik des Ressentiments bei einem nicht zu ignorierenden Teil der Mitgliedschaft. Dies ist eine Herausforderung gerade für die gewerkschaftliche Bildung. Hier muss verstärkt der konfrontative Dialog über die Reizthemen der Republik gesucht werden.

Doch vor der Erstellung von Empfehlungen für den politischen Umgang mit dem Rechtspopulismus, ist eine selbstkritische Analyse der Ursachen für den Erfolg der AfD notwendig. Denn die typischen gewerkschaftlichen Handlungsmuster im Umgang mit den RechtspopulistInnen sind gescheitert. Die Partei kann beispielsweise nicht mit dem Verweis auf eine vermeintlich „neoliberale“ Programmlage entzaubert werden. Entlarvend gemeinte Überschriften wie „AfD: Angetreten für Deregulierung“ greifen zu kurz.

Der Strategie der Spaltung etwas entgegensetzen

Der Blick auf unsere europäischen Nachbarländer zeigt, dass der Rechtspopulismus ein Chamäleon ist, das sich, wie die Politikwissenschaftlerin Karin Priester nachgewiesen hat, geschickt den jeweiligen Nationalfarben oder Interessenlagen der WählerInnenmilieus anpassen kann. Die zumindest rhetorische Forderung nach einem Mindestlohn erhebt nun auch die AfD.

Ohnehin haben die Erfolge der RechtspopulistInnen nicht nur soziale Ursachen. Sie sind Ausdruck einer Spaltung der politischen Kultur. Gegenwärtig erhebt in der AfD der zuvor oftmals nur latente Widerspruch zum offiziellen Jargon der Republik – etwa zu Begriffen wie „Willkommenskultur“ oder „Gender Mainstreaming“ – öffentlich die Stimme. Die Krise der Repräsentation zeigt sich auch an der Popularität des Pegida-Kampfbegriffs „Lügenpresse“.

Im Zentrum der Ideologie und Agitation der AfD steht die Ablehnung einer „bunten Republik“, in der zudem politische Entscheidungen von der „Eurorettung“ bis zur sogenannten Flüchtlingskrise als „alternativlos“ deklariert werden. Von diesem Protest zehrt die AfD. Die sozialen Konflikte der Bundesrepublik werden dabei von einer soziokulturellen Auseinandersetzung zwischen nationalstaatlich orientierten TraditionalistInnen und „politisch korrekten“ KosmopolitInnen überlagert. Durch die „Flüchtlingskrise“, die real eine Krise der europäischen Politik ist, wurde dieser lange schwelende Konflikt überdeutlich. Und die Analyse dieser – hier überspitzt gezeichneten – Spaltung der Republik in FlüchtlingshelferInnen und „besorgte BürgerInnen“ ist die nötige Voraussetzung für die Überwindung des hilflosen Antipopulismus, der auf Stigmatisierung und Skandalisierung setzte.

Souveräne Zurückweisung statt Schaukampf

Doch der Versuch der Stigmatisierung der AfD ist gescheitert. Gerade die Gewerkschaften müssen lernen,

dass die RechtspopulistInnen auf dem Feld der Sozialpolitik nicht einfach gestellt werden können. Der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke ruft beispielsweise die „neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ aus. Seine populistische Pointe ist einfach: Das deutsche „Volksvermögen“ soll gegen die als InvasorInnen dämonisierten Flüchtlinge verteidigt werden. Die Losungen der AfD changieren hier zwischen völkischem „Antikapitalismus“ und Wohlfahrtschauvinismus.

Die AfD-Sprecherin Frauke Petry will derweil den Begriff „völkisch“ positiv umdeuten und spielt so auf der Klaviatur der extremen Rechten. Allerdings bleibt der skandalisierende Nazivorwurf ohne Wirkung. Mehr noch: Die Politik der Skandalisierung hat der AfD eine enorme mediale Resonanz verschafft. Stefan Petzner, der ehemalige Berater des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider, hat das Muster der Empörungsspiralen prägnant beschrieben: „Während meiner Zeit an Haiders Seite war mir immer bewusst, wie sehr er von seinen Gegnern lebte. Sie taten aus ihrer Sicht immer das Falsche. Sie empörten sich bei jeder Provokation, jedem Tabubruch, dienten damit unseren Interessen und machten in ihren Wahlkämpfen nicht sich, sondern uns zum Thema.“

Verlief die Debatte über die AfD nicht ebenso berechenbar? Wurde nicht mit jeder – auch von den Gewerkschaften unterstützten – Demonstration gegen die Parteitage der AfD deren eigene Opferinszenierung noch bestärkt? Erhält durch jeden Boykott der PolitikerInnen der AfD nicht das Geraune à la „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ neue Nahrung? Die Gewerkschaften dürfen nicht in die Falle der Empörungsspirale treten. Doch aus der Forderung nach einem ebenso kühlen wie kritischen Umgang mit den RechtspopulistInnen folgt nicht der Verzicht auf den

öffentlichen Protest. Im Gegenteil: Der gewerkschaftliche Grundwert der Solidarität ist universell und steht im scharfen Gegensatz zur Beschwörung der nationalen Volksgemeinschaft durch Höcke und Co. Wer auf flüchtende Frauen und Kinder schießen lassen will, verhöhnt im Namen der freien Meinungsäußerung die Würde des Menschen. Hier will die AfD die Grenzen des Sagbaren verschieben. Diese inszenierten Tabubrüche erfordern jedoch eine souveräne Zurückweisung, keinen Schaukampf.

Doppelstrategie mit Widersprüchen

Was aber, wenn in gewerkschaftlichen Seminaren Sätze wie „Für die Flüchtlinge ist Geld da. Wo aber bleiben wir?“ fallen? Hier ist weder die Debattenverweigerung noch der Schaukampf angemessen. Für Gewerkschaften empfiehlt sich deshalb eine Doppelstrategie, die nicht frei von Widersprüchen ist: ParteifunktionärInnen, die politische Foren für die Propagierung einer menschenfeindlichen Ideologie nutzen wollen, müssen ebenso konsequent wie nüchtern zurückgewiesen werden. Für den Umgang mit der rechtspopulistischen Herausforderung in den eigenen Reihen ist dabei die Stärkung der antirassistischen Traditionen der Gewerkschaften zentral – und eine Bildungsarbeit auf der Höhe der Zeit. Das bedeutet, dass gerade in der gewerkschaftlichen Bildung gezielt um jene Klientelgerungen werden muss, die derzeit die AfD wählt. Diese KollegInnen müssen mit neuen Bildungsformaten offensiv angesprochen werden. Die antifaschistische Grundhaltung der Gewerkschaften ist dabei nicht verhandelbar. Aber politische Bildung ist kein Job für ExorzistInnen. Deshalb ist eine Strategie aus Konfrontation und Dialog notwendig.

Richard Gebhardt

ist freier Autor und politischer Bildner.

punktgenau

AfD und Co: Wie wählen GewerkschafterInnen?

Ob Baden-Württemberg oder Mecklenburg-Vorpommern: Auch Gewerkschaftsmitglieder haben AfD gewählt. Im Durchschnitt sogar häufiger als die GesamtwählerInnenschaft. Wie kann das sein?

Die Positionen der DGB-Gewerkschaften und der AfD liegen weit auseinander. Selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe am Gesellschafts- und Arbeitsleben, Tarifautonomie und Mitbestimmung passen nicht in rechte Konzepte. In der Flüchtlingspolitik haben sich die Gewerkschaften deutlich für eine schnelle Integration in Bildung und Arbeitsmarkt ausgesprochen.

Zunächst gilt: Gewerkschaft ist nicht gleich Gewerkschaft. In die Wahlstatistik fließen auch Beamtenbund und christliche Gewerkschaften ein, deren Mitglieder ein anderes Wahlverhalten zeigen als die der DGB-Gewerkschaften. Aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl können sie aber allenfalls den „Überschuss“ erklären.

Grundsätzlich sind Menschen, die beteiligungsorientiert denken und handeln, weniger anfällig für rechtes Gedankengut. Was GewerkschafterInnen im DGB prägt, ist neben einer solchen solidarischen und beteiligungsorientierten Grundeinstellung ein hohes Maß an

kritischer Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung und -politik: Neoliberale Politikkonzepte und die Hartz-IV-Gesetzgebung wurden zum Beispiel massiv kritisiert – jedoch ohne dass sie verhindert werden konnten. Hohe systemkritische Einstellungen bei großer Unzufriedenheit und Ängste vor dem Verlust sozialer Errungenschaften werden durch die partizipative Einstellung nur unzureichend abgewehrt. Deshalb wird ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder durch Beteiligung nicht mehr erreicht – auch weil das Vertrauen in Lösungen mit der Politik geschwunden ist.

Gewerkschaften müssen deshalb deutlich machen, dass sie unabhängige Akteurinnen sind. Sie können beispielsweise über die Tarifautonomie auch dann Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Mitglieder erreichen, wenn die Politik ins Gegenteil führt. Zugleich können sie PartnerInnen suchen, um politische Lösungen herbeizuführen. Beides können nur freie Gewerkschaften, die autoritärem rechtem Denken und Staatsverständnis widersprechen. Und nur Gewerkschaften, die mitglieder- und durchsetzungsstark sind.

Nils Kamrardt

leitet das Parlamentarische Verbindungsbüro der GEW in Berlin.



Zehn Thesen gegen Rechts

Österreich kennt das Problem: Von 2000 bis 2005 war die rechtspopulistische FPÖ sogar an der Regierung beteiligt. Ein Patentrezept gegen Rechts haben auch unsere NachbarInnen nicht. Ein paar Thesen aber schon.

1. Fakten sind unwichtig – und doch auch nicht. Was anderen Parteien massiv schaden würde – etwa Positionswechsel oder Verurteilungen vor Gericht –, schadet der FPÖ nicht. Dennoch bleibt als Antwort nur eine faktenbasierte Reaktion. Der Rechtspopulismus setzt auf Gefühle und gefühlte Wahrheiten, das heißt: Auch auf dieser Ebene muss es Angebote geben.

2. Empörungsmaschinerie stoppen. Wir neigen heute dazu, aus allem einen Skandal zu machen, und die Medien ziehen oft mit, denn Schlagzeilen kurbeln Verkaufs- und Klickzahlen an. Aber: Jede Schlagzeile, jeder Skandal bedeutet neue Aufmerksamkeit für AfD, FPÖ und Co.

3. Sorgen ernst nehmen. Es gibt reale Probleme, vor denen die Menschen stehen. Der Druck, der beispielsweise durch Migration auf bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes lastet, ist enorm. Gewerkschaften und Parteien müssen dafür Lösungen anbieten.

4. Klare Kante. Die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen heißt nicht, sich die Positionen der RechtspopulistInnen zu eigen zu machen. Man kann den eigenen Standpunkt klar und deutlich formulieren, ohne die Aussagen des Gegenübers abzuwerten. Menschenverachtende Äußerungen und purer Hass sind klar zu benennen und zurückzuweisen.

5. Schluss mit Besserwisseri! Seit wann machen wir uns eigentlich über den Bildungsstand anderer Menschen lustig? Ist es nicht Aufgabe gerade der GEW, für gleiche Bildungschancen einzutreten? Hören wir also auf, über Rechtschreibfehler in Foren und sozialen Medien zu spotten.

6. Stay in touch! Bleiben wir im Diskurs mit den Menschen, die nicht dem harten Kern der Rechten angehören. Die rechtspopulistische Filterblase ist ein riesiges Problem, denn hier gibt es scheinbar logische Antworten auf alles und das ist gemütlich, aber im Kern oft unpolitisch. Wir müssen in diese geschlossenen Welt- und Kommunikationsbilder einbrechen.

7. Silencing thematisieren. Wenn Menschen mundtot gemacht werden sollen, die sich etwa empathisch zu Flüchtlingen äußern, braucht es Solidarität. Nur so können Meinungskartelle durchbrochen werden.

8. Grenzen aufzeigen. Bei strafrechtlich Relevantem ist auch Klagen eine Möglichkeit.

Klemens Himpele
ist Gewerkschafter aus Wien.

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

punktlandung-Redaktion

Anja Heifel und Sherin Krüger
fon 0201-29403-55
mail punktlandung@nds-verlag.de

punktlandung: Satz und Bildredaktion

Daniela Costa, buereau.de

Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 10 27 52, 45027 Essen
mail info@nds-verlag.de
web www.nds-verlag.de

Titelfoto der punktlandung:

[emanoo / photocase.de](https://www.shutterstock.com/emanoo), [tancha / shutterstock.com](https://www.shutterstock.com/tancha)

Foto Rückseite der punktlandung:

[therooftop, FemmeCurieuse / photocase.de](https://www.shutterstock.com/therooftop),
[tancha / shutterstock.com](https://www.shutterstock.com/tancha)



Julia Löhr, Jugendbildungsreferentin
fon 0201-29403-84
mail jungegew@gew-nrw.de
web www.junge-gew-nrw.de